

Az.: 0.00.22

118. Sitzung des Finanz- und Personalausschusses

Die Mitglieder des Finanz- und Personalausschusses hatten am 20.05.2025 die Möglichkeit ihre 118. Sitzung in den Räumen der Burg in Neustadt-Glewe durchzuführen. Zu Beginn der Sitzung hat Herr Steffen Klieme, welcher nicht nur als Ausschussmitglied dieser Sitzung beiwohnte, als Bürgermeister einige Worte an die Teilnehmer gerichtet.

Neben den Ausschussmitgliedern konnte Frau Christine Hensel von der VWA M-V e.V. begrüßt werden. Sie hat sich mit dem Ausschuss über die Möglichkeiten einer Ausbildung bzw. Fortbildung für Verwaltungsinformatiker in den kommunalen Verwaltungen ausgetauscht.

Neben diesem Personalthema konnten die Mitglieder des Ausschusses die Information zur Einrichtung eines dualen Studiengangs für soziale Arbeit an der Hochschule in Neubrandenburg zum WS 2025/2026, welcher sich insbesondere von den Landkreisen und kreisfreien Städten gewünscht wurde, mitnehmen.



v.l.n.r.: Thomas Huth (Stadt Ribnitz-Damgarten), Karin Zillmann (LVB Amt Mecklenburgische Schweiz), Sven Borgwardt (Amt Stralendorf) und Christine Hensel (VWA M-V)
Foto: Thomas Deiters

Die geplante Änderung des Personalvertretungsgesetzes hat die Ausschussmitglieder ebenfalls in dieser Sitzung beschäftigt.

Weiter hat sich der Ausschuss mit Themen wie dem Gesamtabschluss, den Jahresabschlüssen, der Überprüfung der Zuweisungen für übertragene Aufgaben, dem Finanzausgleichsgesetz 2026 sowie der finanziellen Situation in den kommunalen Haushalten befasst. Nach dem Rekorddefizit der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern 2024 von einem negativen Finanzierungssaldo von über 280 Mio. EUR verschlechtert sich auch in diesem Jahr die Finanzlage in vielen Kommunen weiter durch steigende Kreisumlagen, Sozialausgaben, insb. für das KiföG M-V, Tarifsteigerungen und die allgemeinen Preissteigerungen. Mit diesen Steigerungsraten können die Steuereinnahmen nicht Schritt halten. Bundesweit sind gefallen die moderaten Steigerungen bei den gemeindlichen Steuereinnahmen nach den Ergebnissen der jüngsten Mai-Steuerschätzung auch noch geringer als nach den früheren Schätzungen. Gleichzeitig zeichnet sich ab, dass der gemeinsam mit dem Land gut verfolgte Weg des Abbaus der kommunalen Kassenkredite ein Ende findet. Die Haushalte der Städte und Gemeinden wären ab 2026 nicht in der Lage, auch noch geringere Schlüsselzuweisungen, wie sich rechnerisch aus dem bisherigen Gleichmäßigkeitsgrundsatz ergäben (2026 minus 270 Mio. EUR, 2027 sogar schon minus 388 Mio. EUR) und eine weitere Absenkung der kommunalen Beteiligungsquote ab 2026 mit rund 50 Mio. EUR p.a. weniger zu tragen. Die Arbeit der Task Force Sozialreformen, die die Aufgabe hatte, die Sozialkosten für Land und Kommunen zu senken, ist zwar beendet und konkrete Maßnahmen werden weiter verfolgt. Es ist aber fraglich, ob die damit erreichbaren Einsparungen vom Volumen annähernd in der Lage sein werden, die Haushaltsprobleme der Kommunen in den nächsten Jahren zu lösen.

Ein Blick auf die Erhebungen der Salden der Ein- und Auszahlungen im laufenden Bereich am 31.12.2024 zeigt zwar noch positive Werte. Dabei handelt es sich allerdings nur um Momentaufnahmen, in denen erhebliche Haushaltsreste wegen Verzögerungen bei der Abwicklung von Fördermitteln enthalten sind.

Auch die Modernisierung des Förderwesens stand auf der Tagesordnung. Dort erhofft man sich eine deutliche Entschlackung der Fördermittelbürokratie wie sie der Städte- und Gemeindetag schon seit langem fordert. Der Weg von der Antragstellung bis hin zur Auszahlung der Fördermittel ist deutlich zu lang, verschlingt bei Land und Kommunen zu viel Geld und knappe Arbeitskraft und der in Mecklenburg-Vorpommern besonders ausgeprägte Förderdschungel führt dazu, dass Gelder häufig nicht in die vor Ort wirklich notwendigen Maßnahmen fließt.

Die nächste Sitzung des Finanz- und Personalausschusses findet am 26.11.2025 statt.

(StGT M-V 6/2025)

Schlagworte: Gesamtabschluss, Jahresabschluss, FAG 2026, Förderwesen, Personalwesen